



ARCH+
features
119

Konferenz gegen
identitäre
Erinnerungsarchitektur

Relikte und Resonanzen

Intro

Juliane Bischoff & Philipp Krüpe

Die Ruine der Klosterkirche in Berlin-Mitte, eines der ältesten noch erhaltenen Gebäude der Stadt, ist heute eine öffentliche Kontaktzone, die Kunst frei zugänglich macht, und ein Rückzugs- und Gegenort im vom Konsum bestimmten Berliner Zentrum. Sie ist einer der wenigen von Verwertungszwängen noch freien Räume in einer Stadt, die durch steigende Mieten, Privatisierung, Wohnraum-mangel, Verdrängung und Homogenisierung unter Druck steht.

Ausgangspunkt der Konferenz „Relikte und Resonanzen“, die dort am 26. und 27. August 2023 stattfand, waren die Debatten um die Rekonstruktion der historischen Mitte Berlins. Schließlich ist die Klosterruine Teil der aktuellen städtebaulichen und architektonischen Entwicklung rund um den Berliner Molkenmarkt, dessen künftige Bebauung und Umgestaltung auch die Zugänglichkeit und Wahrnehmung der Klosterruine selbst wesentlich mitbestimmen wird.

Die Bezug- und Indienstnahme eines bestimmten Geschichts-mythos als ein Marketinginstrument der Immobilienbranche, auch

im globalen Standortwettbewerb, zeigt sich wieder einmal anhand der aktuellen Planung und Entwicklung des Molkenmarkts.

So widmete sich die Konferenz den ideologischen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen dieses Planungsgebiets, die sich auf das Zusammenleben in der Stadt, ihre Freiräume und ihr Kulturleben auswirken werden, und fragte nach den Identitäts-, Geschichts- und Imaginationsräumen, die durch Rekonstruktionsprojekte erschaffen werden. Geschichte ist nichts Gegebenes, sondern ein hegemonial und ideologisch permanent umkämpftes Feld, das sich auch im städtischen Raum immer wieder neu manifestiert. Es sind gerade die Relikte und Fragmente, also auch Erinnerungsarchitekturen, die über die wenig besprochenen Aspekte der Geschichte Auskunft geben können und die es mit Bezug zur Gegenwart immer wieder neu zu befragen gilt. Diese Erinnerungsarchitekturen implizieren ein Wissen über die Ursprünge und Brüche einer Gesellschaft, die uns aus der Sackgasse einer selektiven Bezugnahme auf Geschichte und einer idealisierten Vergangenheit führen können.

Konferenz gegen
identitäre
Erinnerungsarchitektur

Relikte und Resonanzen

Der retrospektive Blick in die Zukunft von Berlins Mitte

Diskussion mit Verena Hartbaum, Philipp Oswalt, Mathias Schulz und Matthias Grünzig
Moderation: Niloufar Tajeri

Niloufar Tajeri

Die Pläne zur städtebaulichen Neugestaltung des Molkenmarkts in Berlin haben eine kontroverse öffentliche Debatte in Gang gesetzt. Neben der Diskussion um die Eigentumsverhältnisse – es handelt sich hierbei um landeseigenen Grund, dessen Verkauf jedoch nicht ausgeschlossen wird – steht die Instrumentalisierung eines essentialistischen Geschichtsverständnisses im Vordergrund, die durch Aussagen des Senators für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Christian Gaebler gestützt wird: „Die Wiedergeburt des Molkenmarkts ist eine der wichtigsten städtebaulichen Aufgaben in der Berliner Mitte.“ oder „Hier wurde Berlin zur Weltmetropole.“ Bereits in den 1980er-Jahren sprach Josef Paul Kleihues, der Planungsdirektor der Internationalen Bauausstellung in Berlin (IBA 1984/87) davon, dass der historische Stadtgrundriss von Berlin „genetisch“ sei [siehe Esra Akcans Statement: „Eine kritische Rezeption der IBA Berlin 1984/87“]. Diese Doktrin, auf die sich städtebaulich bis heute berufen wird, deutet darauf hin, dass wir es mit einem ideologisch geführten Diskurs zu tun haben. Akteure wie der Stadthistoriker Benedikt Goebel von der Stiftung Mitte Berlin oder die Gesellschaft Historisches Berlin fordern eine Gestaltung des Molkenmarkts und weiterer Areale in Berlin-Mitte [siehe Leo Herrmanns Statement: „Die ‚Bürgerstadt‘ als geschichtspolitisches Konstrukt“] nach gründerzeitlichem Vorbild mit kleinteiliger Parzellierung und entsprechender Fassadengestaltung. Dabei spielen nicht nur ästhetische Vorlieben eine Rolle. Die diskursive Aufladung dieser Bauaufgabe dient auch einer besonderen ökonomischen Aufwertungsstrategie.

Verena Hartbaum, dein Verständnis einer „retrospektiven Architektur“ blendet dieses ökonomische Verhältnis nicht aus, im Gegenteil, du sprichst von einer „Ideologie der Wertigkeit“. Kannst du das genauer erläutern?

Verena Hartbaum

Den Begriff des retrospektiven Bauens [siehe Verena Hartbaums Statement: „Zur politischen Ökonomie des retrospektiven Bauens“] verstehe ich im Sinne eines Dauerrückblicks, der sich in historisierend gestalteten Neubauprojekten manifestiert, sich dabei aber nicht auf einen konkreten historischen Augenblick bezieht, sondern auf einen vermeintlichen Konsens über die Geschichte der Stadt. Ich habe in meinen Forschungen festgestellt, dass es sich dabei vor allem um ein erfolgreiches Marketinginstrument handelt. Es gibt gerade im Berliner Kontext bestimmte Investorengruppen wie die Groth Gruppe, Kondor Wessels, die Schmitz GmbH und andere, die sich stark auf das Gebrauchswertversprechen eines retro-

spektiven Bauens spezialisiert haben und Projekte mit den immer gleichen Architekturbüros realisieren. Mit ihren Portfolios nimmt die Immobilienwirtschaft teilweise entscheidenden Einfluss auf die aktuellen Stadtentwicklungsprozesse. Es ist nicht die Stadtpolitik, die hier den Ton angibt. Das ist beispielsweise bei den Kronprinzengärten an der Friedrichswerderschen Kirche deutlich geworden. Dort gab es von vornherein ein bildstarkes Marketing. Auf den Renderings war bereits das rekonstruierte Stadtschloss zu sehen, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal der Grundstein gelegt war, und auch die bis heute nicht rekonstruierte Schinkelsche Bauakademie lässt sich im Hintergrund erahnen, deren Wiederaufbau – zumindest ihrer historischen Fassaden – erst seit diesem Jahr tatsächlich öffentlich erklärter politischer Wille ist.

Vor diesem Hintergrund sollten wir unbedingt mehr über die politische Ökonomie des retrospektiven Bauens sprechen. Denn die Durchdringung von immobilienwirtschaftlichen Strategien mit historisierendem Rückblick in die Baugeschichte ist keinesfalls nur eine Spielerei des Marketings. Die Verknüpfung von Immobilienobjekten mit einer bedeutungsvoll raunenden historischen Vergangenheit zielt natürlich auf deren Wertsteigerung. Dabei spricht der Immobilienwert nicht unbedingt für die Qualität der Immobilie: Die räumliche Qualität einer Wohnung wird weniger betont als ihre Lage im historischen Setting und die damit suggerierte Einbettung in eine vermeintliche geschichtliche Kontinuität.

Betrachten wir die Immobilienportfolios genauer, sehen wir, dass dieses Versprechen oft durch die Mehrfachbedeutung des Wortes „Wert“ verstärkt wird. Gemeint ist dabei sowohl der Objektwert innerhalb einer Wertschöpfungskette als auch der Zusammenhang mit einem konservativen Wertekanon, der als ideologischer Überbau des retrospektiven Bauens dient. Was dies wiederum für den Molkenmarkt bedeutet, wird sich zeigen. Mit Blick auf die Architektur- und Städtebauproduktion der 1990er- und 2000er-Jahre sollten wir die Entwicklungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte – nicht nur am Molkenmarkt – genau beobachten und uns einer selektiven Erinnerungsarchitektur entgegenstellen.

Philipp Oswalt

Ich stimme dir zu, würde aber sagen, dass es sich hier nur um ein Marktsegment unter vielen handelt. Das, was der Bausenat unter Hans Stimmann von 1996 bis 2006 in die Wege geleitet hat, zielte nicht primär auf Immobilienwertmaximierung, sondern war zunächst Ausdruck einer gewissen Ideologie. Mit deren Implementierung entwickelte sich eine Komplizenschaft zwischen Stadtpolitik,

Statements

Philipp Oswalt Beutegemeinschaft

Die Stifterin und Unternehmerin Marie-Luise Schwarz-Schilling eröffnete den Abend des von der Stiftung Mitte Berlin organisierten sogenannten Mitte-Fests, das vom 1. bis 3. September 2023 in der Parochialkirche stattfand, mit der Geschichte von Odysseus und den Lotophagen. So wie Odysseus' Gefährten ihre Herkunft und ihre Ziele vergessen hätten, so hätten die Berliner ihre historische Mitte vergessen, und gegen diese Geschichtvergessenheit wende sie sich. Dafür habe sie die Stiftung Mitte Berlin gegründet.

Marie-Luise Schwarz-Schilling wohnt im selben Haus wie Senatsbaudirektorin Petra Kahlfeldt, die mit ihren eigenen Forderungen nach einer historischen Mitte Berlins ganz auf der Linie der Stiftung liegt. Mit ihren Mitteln fördert Schwarz-Schilling die konservative Agenda einiger Architekt*innen, die mehrheitlich im Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg e.V. organisiert sind, sowie der weiterer einflussreicher Akteur*innen, wie beispielsweise des Verlegers der *Berliner Zeitung*, Holger Friedrich. Gemeinsames Ziel ist die Rekonstruktion der Berliner Altstadt nach Frankfurter Vorbild. Dazu präsentiert die Stiftung fotorealistische Renderings, welche die verlorenen Bauten von vor 100 Jahren wieder 1:1 in die heutige Stadtlandschaft implantieren.

Gleichzeitig soll an andere historische Zusammenhänge nicht erinnert werden, z. B. wäre da die Frage, woher das Vermögen von Schwarz-Schilling stammt, mit dessen Hilfe die Stiftung Mitte Berlin nun auf die Berliner Stadtpolitik Einfluss nimmt. Schwarz-Schilling hatte von ihrem Vater 1957 die Accumulatorenfabrik Sonnenschein geerbt. Die Fabrik erlebte als militärischer Ausrüster im Nationalsozialismus einen enormen Aufschwung. Am letzten Standort in Berlin-Mariendorf befand sich ein Zwangsarbeitslager mit drei Baracken für 40 bis 80 sowjetische Kriegsgefangene. Für die Ausbeutung der Zwangsarbeiter*innen hat Marie-Luise Schwarz-Schilling selbst nie eine Kompensation bezahlt. 1992 verkaufte sie die Firma.

Nach Kriegsende wurde die zum großen Teil zerstörte Produktionsstätte wiederaufgebaut. Durch massive Verstöße gegen gesetzliche Regeln, u. a. den illegalen Betrieb einer Bleischmelzanlage, verursachte die Fabrik in den 1970er- und 80er-Jahren massive Verseuchungen der Umgebung mit Blei und Schwefelsäure. Grenzwerte wurden im anliegenden Wohnviertel und dessen Spielplatz um das Tausendfache überschritten. Der Fall erregte damals bundesweite Aufmerksamkeit und gehört zu den größten Umweltskandalen Westberlins.

Marie-Luise Schwarz-Schilling will sich im Molkenmarktquartier unternehmerisch „engagieren“, fordert aber selbstredend, die Grundstücke unter Marktwert kaufen zu können. Zugleich unterstützt sie die Forderung des Fördervereins des Evangelischen Gymnasiums zum Grauen Kloster – Berlinisches Gymnasium in Berlin-Mitte e.V. auf Restitution der Grundstücke des ehemaligen Grauen Klosters, um an diesem historischen Standort eine Eliteschule zu errichten, auch wenn das Gymnasium in der heutigen Form erst nach 1945 in Westberlin gegründet wurde. Diese Forderung nehmen auch die Rekonstruktionsfreunde des Berliner Senats und der Berliner Senatsverwaltung teils widerspruchslos hin oder unterstützen sie explizit.

Verena Hartbaum Zur politischen Ökonomie des retrospektiven Bauens

Der architektonisch inszenierte Rückblick ist wohl in kaum einer anderen Großstadt so umfangreich realisiert worden wie in Berlin nach 1989/90. Ausgehend von historischen Verhältnissen, die längst keine Aktualität mehr besitzen sollten, findet hier gerade durch die ständige baukulturelle Bezugnahme auf die preußische Geschichte ein Entfremdungsprozess von Geschichte statt. Der architektonisch inszenierte Rückblick durch Bauten, die einem vermeintlich historischen Bild entsprechen, wird zum Dauerspektakel. Dieses historisierende Bauen simuliert eine Wiederkehr von Geschichte und erzeugt den Eindruck der Unvermeidbarkeit.

Zugleich steht der retrospektive Stadtumbau in Berlin im Zeichen einer enormen Wertschöpfung, die mit dem Bauboom nach dem Mauerfall einsetzte, damals als ideologisch-konservatives Projekt startete und sich ab der Jahrtausendwende zu einem rein marktgetriebenen und scheinbar ideologiefreien Phänomen entwickelte. Der historisierende Dauerrückblick wird vorrangig mit der Zurschaustellung von gut vermarktbar architektonischen Distinktionsmerkmalen verbunden. Dabei wird nicht nur der Blick auf die drängenden typologischen, bautechnologischen, ökologischen wie sozialen Fragen der nahen Zukunft verstellt, es werden auch weite Teile der jüngeren Baugeschichte ausgeblendet.

Matthias Grünzig Der Kampf um den Molkenmarkt

Der Molkenmarkt gehört zu den derzeit am stärksten umkämpften Stadtentwicklungsprojekten Berlins, an dem zwei völlig gegensätzliche Vorstellungen von Stadt aufeinanderprallen: Auf der einen Seite stehen die Anhänger*innen einer sozialen Stadt, die am Molkenmarkt bezahlbare

Architekt*innen und Immobilienwirtschaft, bei der die Ideologie dann zunehmend auch der kapitalistischen Inwertsetzung beziehungsweise Wertsteigerung diene. Protagonist*innen wie der erwähnte Architekt Josef Paul Kleihues argumentierten damals stark architekturtheoretisch und bezogen sich mitunter auf das Konzept der rationalen Architektur, das der italienische Architekt Aldo Rossi formuliert hatte und das in Berlin besonders im Rahmen der IBA 84/87 einflussreich zum Tragen kam. Rossi ging davon aus, dass die Gestalt von Architektur und Städtebau auf bestimmten Grundformen basiert, die wie eine Sprache im Laufe der Geschichte neu interpretiert werden und denen nur in Ausnahmefällen etwas hinzugefügt wird. Ich finde diese Art des Rückbezugs auf Geschichte nicht uninteressant, lehne aber ebenfalls die essentialistische Engführung auf ein bestimmtes Geschichtskonstrukt, wie wir es insbesondere in Berlin erleben, entschieden ab.

Niloufar Tajeri

Um vom mythenhaften Architektur- und Städtebauverständnis hin zu einem konkreten Ort zu kommen, an dem man Geschichte ungeschönt ablesen kann, schlage ich vor, zunächst über die Ruine der Franziskaner Klosterkirche und im Anschluss daran über die Pläne für die Entwicklung des umgebenden Molkenmarktquartiers zu sprechen. Philipp Oswalt, aufbauend auf einem öffentlich ausgetragenen Workshop des Bezirksamtes Mitte, der bereits im Jahr 2016 stattgefunden hat, hast du mit deinem Planungsbüro ein Konzept für eine temporäre „Ruinenakademie“ entwickelt. Was hat es damit auf sich?

Philipp Oswalt

Der Eigentümer der Klosterruine, der Bezirk Mitte, beauftragte mein Büro damit, eine temporäre Zwischennutzung für diesen Ort zu entwickeln und eine Publikation zu erarbeiten. Mit unserem Konzept der „Ruinenakademie“ schlagen wir vor, die erforderlichen archäologischen Grabungen für eine aktive Bürgerbeteiligung zu öffnen und für eine breite kulturelle Reflexion und Debatte zu nutzen. Ziel ist es, in der Stadtgesellschaft eine intensive Beschäftigung mit der mehr als 800-jährigen Geschichte des Areals zu fördern und hierbei für unterschiedliche Blicke auf die Vergangenheit – vom Mittelalter bis zur DDR- und Nachwendzeit – zu sensibilisieren. Zudem plädiere ich für eine Entwicklung des Areals, die im Sinne eines lernenden Prozesses gestaltet ist. Stadtteile müssen sich entwickeln und verändern können. In den aktuellen Plänen des Senats ist vorgesehen, die Entwicklung des Areals rund um die Klosterruine der Entwicklung des Molkenmarkts nachzulagern. Bis dahin ist eine Zwischennutzung für die Ruine anvisiert. Diese darf natürlich nicht nur Lückenbüßer sein, dafür braucht es Infrastruktur und Programmtitel. Gegenwärtig wird das Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzept (ISEK) auf den Weg gebracht, in dessen Rahmen Fördermittel des Bundes zur Finanzierung von Infrastruktur bereitgestellt werden können, sofern dies landes- und bezirkspolitisch gewollt ist.

Niloufar Tajeri

Im aktuellen Rahmenplan für das Stadtquartier wird die Idee der Zwischennutzung dezidiert erwähnt. Matthias Schulz, als Sprecher der SPD-Fraktion für Stadtentwicklung [siehe Stephan Trübys Statement: „Die Bildpolitik der (Berliner) Sozialdemokratie“] hast du Einblick in die gegenwärtigen Prozesse der Bebauungsplanentwicklung. Sind die Umstände nicht viel zu prekär und unklar, um Zwischennutzungen zu ermöglichen?

Mathias Schulz

Zur Zwischennutzung kann ich nicht viel sagen, weil die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen in dieser Sache auch mir gegenüber nicht konkret geworden ist. Als Koalition haben wir im neuen Koalitionsvertrag Wert darauf gelegt, dass bezahlbares Wohnen und eine gute und ökologisch nachhaltige Architektur am Molkenmarkt umgesetzt werden. Andere Aspekte wie die Gewichtung historischer Bezüge müssen sich dem zunächst unterordnen.

Ich erwarte nun von der Senatsverwaltung, dass diese politische Prioritätensetzung auch so umgesetzt wird. Ich möchte zudem deutlich machen, dass ich eine einseitige Geschichtserzählung, wie sie von einigen städtebaulichen Akteur*innen forciert wird, ablehne. Schließlich haben wir hier ein Quartier, das gerade von historischen Brüchen geprägt ist.

Niloufar Tajeri

Du hast ja schon das Stichwort bezahlbares Wohnen gebracht. Mir fällt auf, dass viel über Historie oder Identität diskutiert wird, was dazu führen kann, dass akute materielle Bedürfnisse aus dem Blick geraten. Wir stecken in einer multiplen Krise; es überschneiden sich Fragen der Wohnungsknappheit, der zu teuren Mieten, der Klimakrise. Mir scheint es daher wichtig, hinter die Fassade dieser dominanten Bilderpolitik zu blicken: Wo und wie werden die drängenden sozialen, ökonomischen und ökologischen Fragen genau verhandelt? Es ist zu begrüßen, dass bezahlbares Wohnen ganz oben auf der Agenda steht, aber wie soll es konkret umgesetzt werden?

Mathias Schulz

Die entscheidende Bedingung ist, dass auf den landeseigenen Flächen auch landeseigene Wohnungen gebaut werden, sodass wir über die Kooperationsvereinbarung mit den landeseigenen Gesellschaften dauerhaft Zugriff und Kontrolle über die Mietentwicklung im Quartier haben. Mindestens die Hälfte der Wohnungen, die hier gebaut werden, soll zudem als geförderter Wohnraum deklariert werden. Um diese Baukosten aufzufangen, steht auch das Förderprogramm von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen über die Wohnraumförderung des Landes Berlin zur Verfügung.

Und noch eine Anmerkung zur Bildpolitik: Je höher die Anforderungen an historische Bezüge für die Fassadengestaltung sind, desto höher sind auch die Baukosten. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen plant für Ende des Jahres die Herausgabe eines Gestaltungshandbuchs. In diesem sollen städtebauliche Anforderungen vertieft und Gestaltungsvorgaben für einzelne Blöcke und für das Gesamtquartier definiert werden. Das Gestaltungshandbuch soll als verbindliche Grundlage für die anschließenden Hochbau- und Freiraumwettbewerbe sowie für die erforderlichen vertraglichen Regelungen zwischen dem Land Berlin und den Akteur*innen mit Bauherrenverantwortung dienen. Sollte sich der Senat am Ende entscheiden, an bestimmten Punkten höhere Anforderungen im Hinblick auf eine aufwendigere Fassadengestaltung zu stellen, dann muss das Land auch entsprechende Zuschüsse an die Wohnungsbaugesellschaften ausschütten. Dieser Punkt ist sehr wichtig, denn die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften haben die Möglichkeit beispielsweise aufgrund zu hoher planerischer Anforderungen vom Wohnungsbau in diesem Quartier zurückzutreten. Das will ich unbedingt verhindern.

Es wird darauf ankommen, den weiteren Prozess kritisch zu begleiten, der nun innerhalb der Verwaltung läuft und nicht öffentlich verhandelt wird. Umso wichtiger ist es, den öffentlichen Druck von außen hochzuhalten.

Niloufar Tajeri

Matthias Grünzig, als Bürger*innenvertreter des Werkstattverfahrens der Charta Molkenmarkt kennst du dich mit der aktuellen Planungssituation, den Akteurskonstellationen und ihren Strukturen aus [siehe Matthias Grünzigs Statement: „Der Kampf um den Molkenmarkt“]. Wie schätzt du die Realisierbarkeit des Verfahrens ein?

Matthias Grünzig

Ein Vorteil an dem Verfahren war, dass wirklich alle entscheidenden Akteur*innen vertreten waren: die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt, die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, der Bezirk Mitte, die Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH (WBM),

Wohnungen für alle realisieren wollen. Auf der anderen Seite stehen Verfechter*innen einer elitären und segregierten Stadt, wie etwa Benedikt Goebel, Vorstand der 2022 gegründeten Stiftung Mitte Berlin, der bei einer Veranstaltung mit dem Titel „Renaissance der Berliner Mitte durch die Reichen & Schönen!“ im Juni 2023 einen Vortrag hielt. Ihm zufolge sei es „unnatürlich und kontraproduktiv, dass in der historischen Mitte der Metropole nur Sozialmieter wohnen – erst der Zuzug von Wohlhabenden wird ein lebendiges und nachhaltiges Zentrum ermöglichen“. Auf der Veranstaltung wurde weiterhin gefordert, Stadtmitten „als Orte gesteigerter Lebensfreude zu gestalten – nicht als soziale Brennpunkte!“

Ob die Stiftung Mitte Berlin ihre Ziele durchsetzen kann, ist zurzeit völlig unklar. Stadtentwicklungssenator Christian Gaebler erklärte, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen die Ziele der Stiftung nicht teilen würde. Noch deutlicher äußerte sich der stadtentwicklungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Mathias Schulz. Er warf der Stiftung auf X (ehemals Twitter) eine „feudale Stadtpolitik“ vor. Auf der anderen Seite hat die Stiftung Mitte Berlin auch gewichtige Unterstützer*innen, darunter die SPD-Landesvorsitzende und Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey, die am 1. September 2023 das Mitte-Fest der Stiftung eröffnete und sich bei dieser Gelegenheit zustimmend zu deren Zielen äußerte.

Leo Herrmann Die „Bürgerstadt“ als geschichtspolitisches Konstrukt

Zu den wichtigsten Diskursstrategien von Altstadtfreund*innen in Berlin und anderswo gehört seit langem das Diskreditieren des „modernen Städtebaus“, dem sämtliche Verfehlungen der Planung – vom Wiederaufbau der Nachkriegszeit bis in die Gegenwart – angelastet werden. Benedikt Goebel von der Planungsgruppe Stadtkern, die sich für die Wiederbebauung der historischen Mitte Berlins nach Vorbild der gründerzeitlichen Stadt einsetzt, stellte ihn im Interview mit dem *Tagesspiegel* im August 2023 sogar ausdrücklich in eine Linie mit dem Städtebau des Nationalsozialismus. Damit steht Goebel in der Tradition eines mehr oder weniger offenen Geschichtsrevisionismus seit den 1960er-Jahren, der den deutschen Nationalismus des 19. Jahrhunderts als eine Vorgeschichte des Faschismus nicht anerkennen will und stattdessen in einem verkürzten Totalitarismusverständnis die Verantwortung im linken politischen Lager und im „modernen Städtebau“ sucht – eine Position, der Ernst Nolte im Historikerstreit Mitte der 1980er-Jahre zu akademischen Weihen verholfen hat. Um seine historische Gleichsetzung zu begründen, raunt Goebel über die Gewalttätigkeit öffentlicher Planung überhaupt. Gelten lassen will er im Grunde nur eine Stadt, die von kapitalkräftigen „Bürgern“ nach ihren individuellen Interessen gestaltet wird.

Dies geht mit der Forderung nach einem Bebauungsplan mit kleinteiliger Parzellierung einher, die allerdings einen enormen Aufwand an öffentlicher Planung mit sich bringen und letztlich auf eine zunehmende Privatisierung der öffentlich zu entwickelnden Flächen hinauslaufen würde. Dieser Widerspruch entlarvt die „Bürgerstadt“ als geradezu mustergültig neoliberales Umverteilungsprojekt von unten nach oben.

Philipp Krüpe Das Malerische – Eine ästhetische Einordnung der Berliner „Bild-Versessenheit“

Der Berliner Streit um den richtigen Architekturstil fußt nicht zuletzt auf dem ästhetischen Begriff des „Malerischen“, der sich ab dem 18. Jahrhundert in den Kultur-, Architektur- und Städtebaudiskursen vornehmlich im englisch- und deutschsprachigen Raum entwickelte. Dieser Begriff beschreibt eine atmosphärisch-idyllische Gestaltung, die das Vernakuläre sowie das Nostalgische in einem identitären Sinne umfasst und meist im Kontrast zu Industrialisierung, moderner Großstadt und rationalisierenden Planungsstrategien steht. Von der Landschafts- und Architekturmalerei sowie der Gartengestaltung aus fand das Konzept seither Anwendung in Architektur und Siedlungsbau, in der Gestaltung von Freizeitparks, im Tourismus und Marketing und bei der Bildproduktion in Print- und digitalen Medien.

Von Beginn an waren dem Malerischen nicht nur ästhetische Aspekte, sondern auch politische und ökonomische Funktionen eingeschrieben. Insbesondere im Kontext der Nationenbildungen im 19. Jahrhundert sollten visuelle Konzepte auf affektive Weise kollektive Identitäts- und Erinnerungsbildung hervorrufen. Im Städtebaudiskurs der letzten Jahrzehnte findet das Konzept des Malerischen wieder verstärkt Anwendung. Historisierende Stadtstrukturen dienen als Projektionsfläche wiederauflebender Heimat- und Nationalgefühle. Auf bauhistorische Genauigkeit und eine kritische Vermittlung von Erinnerungskultur, die auch Gewaltgeschichte nicht ausspart, wird verzichtet. Die Bewohner*innen dieser Orte werden nicht als agierende Subjekte wahrgenommen, sondern sind lediglich Staffage eines idealisierten Bildes der Vergangenheit.

Anna Yeboah Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt

Die koloniale Vergangenheit, wenngleich nicht immer sichtbar, ist allgegenwärtig. Dies gilt auch für den Kolonialismus, der von Deutschland ausgeht. Doch Berlin will sich seiner Verantwortung als ehemalige Kolonialmetropole und Reichshauptstadt stellen. Seit 2020 regt das zivilgesellschaftlich getragene Modellprojekt *Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt* mit verschiedenen Formaten auf breiter Ebene zur kritischen

die degewo, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), der Eigentümer der Klosterstraße 44, die Berliner Regenwasseragentur, die Kulturraum Berlin gGmbH und weitere. Ich kann bestätigen, dass in den Sitzungen des Verfahrens die unterschiedlichsten Aspekte umfassend diskutiert wurden und die Bezahlbarkeit eine ganz zentrale Rolle spielte. Wir müssen uns klarmachen, dass es sich bei der Bebauung des Molkenmarkts um ein sehr anspruchsvolles Projekt handelt, schließlich sollen auch kulturelle Aspekte und die Ausstellung archäologischer Funde berücksichtigt werden. Diese Anforderungen kosten Geld und schmälern gleichzeitig die Einnahmen, weil beispielsweise archäologische Fenster in den Erdgeschoss die vermietbaren Flächen reduzieren.

Für die Diskussion ist es wichtig, die Ansprüche an die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften nicht zu überziehen. Doch genau das macht aber beispielsweise die Stiftung Mitte Berlin. [siehe Philipp Oswalts Statement: „Beutegemeinschaft“] [siehe Pablo Santaana López’ Statement „Der Themenpark Puy du Fou in Les Epesses als Modell rechts-identitärer Raumpraxis“] Deren Vertreter*innen formulieren Bedingungen, von denen sie genau wissen, dass die landeseigenen Wohnungsunternehmen sie nicht realisieren können – wie zum Beispiel kleinteilige Häuserparzellen mit historisierenden Anleihen. Deshalb ist es so wichtig, die Bezahlbarkeit und die Ökonomie der Mittel im Blick zu behalten und darauf zu bestehen, dass die jetzigen Eigentums- und Bauherrenverhältnisse – also die Entwicklung ganzer Blöcke durch landeseigene Wohnungsunternehmen – nicht angetastet werden. Die Kalkulation geht nur dann auf, wenn die landeseigenen Gesellschaften ganze Blöcke bebauen. Um bezahlbares Wohnen und preiswerte Kulturräume anbieten zu können, müssen diese durch teurer vermietete Gewerbe- und Büroeinheiten an den Rändern quersubventioniert werden. Wie Mathias Schulz bereits angedeutet hat, gibt es eine Ausstiegsklausel, mit der die WBM aus dem Projekt aussteigen kann, falls aus den städtebaulichen Qualifizierungsverfahren und Hochbauwettbewerben Lösungen hervorgehen, die für die landeseigenen Gesellschaften wirtschaftlich nicht darstellbar sind.

Niloufar Tajeri

In der Debatte um kleinteilige Häuserparzellen als Eigentums-konzept tauchen oft Begriffe wie die „Bürgerstadt“ auf. Was ist damit gemeint?

Philipp Oswalt

Die Debatte um die Parzelle ist ein Kernpunkt der Diskussion und meines Wissens ein Berliner Spezifikum, das nicht zuletzt mit der Bildversessenheit der 1990er-Jahre in Architektur und Stadtplanung zu tun hat. [siehe Philipp Krüpes Statement: „Das Malerische – Eine ästhetische Einordnung der Berliner ‚Bild-Versessenheit‘“] Ich erinnere mich, wie Nikolaus Kuhnert, damaliger Chefredakteur der ARCH+, und ich Anfang der 1990er-Jahre für die Vorbereitung der Ausgabe ARCH+ 114/115: *Das Amerikanische Zeitalter* ein Gespräch mit Dieter Hoffmann-Axthelm

führten, der als Stadtplaner stark in stadtplanungspolitische Prozesse sowie die Etablierung des *Planwerk Innenstadt* als neues städtebauliches Leitbild für Berlin eingebunden war. Als Diskussionsgrundlage diente uns ein Bild des privaten Stadtentwicklungsprojekts *Universal CityWalk* in Los Angeles, das von JERDE geplant wurde. Axthelm war begeistert davon, dass dieses Projekt eine kulissenhafte, kleinteilige Fassadenarchitektur für das neue Einkaufs- und Unterhaltungszentrum vorsah, auch wenn damit das monolithische Besitzverhältnis in der Hand eines einzigen Unternehmens, nämlich Universal, völlig überblendet wurde.

Ich sehe das heute immer noch als etwas Problematisches, finde aber, dass es auch gute Gründe für die Begrenzung der Größe von Hauseinheiten und Grundstücken gibt, da sie eine demokratische Teilhabe der Nutzer*innen und Bewohner*innen durchaus befördern kann. In einem Gebäude mit 10 oder 20 Wohneinheiten ist Teilhabe viel leichter zu ermöglichen als bei einem Haus mit 100 Wohnungen. Wir haben heute jedoch flexiblere Gebäudetypologien, Nutzungen, Bauweisen, die einfach andere Parzellengrößen benötigen als vor einem oder zwei Jahrhunderten, weshalb eine Festschreibung der historischen Parzellen komplett absurd ist.

Verena Hartbaum

Mit Blick auf den Molkenmarkt und auf eine nicht auszuschließende Bebauung des Freiraums am Fernsehturm flammen die Parzellendebatten wieder auf. Die Planungsgruppe Stadtkern, die als Vorgängergruppierung der bereits erwähnten Stiftung Mitte Berlin fungierte und neben Benedikt Goebel unter anderem aus der amtierenden Berliner Senatsbaudirektorin Petra Kahlfeldt, dem Architekten Tobias Nöfer und dem 2022 verstorbenen Architekten Bernd Albers sowie dem Historiker Harald Bodenschatz bestand, hat in ihrer 2014 veröffentlichten *Charta für die Mitte von Berlin* ein gleichnamiges Dokument von 1990 referenziert, in dem damals bereits die sogenannte Gruppe 9. Dezember nicht nur die Anerkennung und Wiederherstellung historischer Straßenzüge und Plätze im Sinne der kritischen Rekonstruktion gefordert hatte, sondern auch die Parzelle als den Grundbaustein des städtebaulichen Instrumentariums. Die Protagonist*innen gehen dabei sogar so weit, mögliche Restitutionsforderungen von Nachfahren enteigneter jüdischer Eigentümer*innen für ihre Forderung nach einer kleinteiligen Parzellierung des Geländes zu instrumentalisieren. Zwar heißt es in der genannten Charta vorsichtig, dass aus der Anerkennung unserer Schuld – gemeint ist der staatliche Raubzug an der jüdischen Bevölkerung Berlins – keine Vorschrift für die Wiedergewinnung der Mitte von Berlin folgen kann, zwingend sei es jedoch, auf die Geschädigten beziehungsweise deren Nachfahren „zuzugehen“; spätestens als Ergebnis oder Mittel eines „konsensuellen Städtebaus“ in der Mitte von Berlin. Aber: Konsensueller Städtebau ist letztendlich ein Synonym für Deutungshoheit, und daran arbeiten jene Vertreter*innen einer historisierenden Planung derzeit intensiv.

Auseinandersetzung mit der Geschichte des Kolonialismus und mit seinen Kontinuitäten an.

Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt versteht Kolonialismus als Unrechtssystem, das immer auch auf den Widerstand der Kolonisierten traf. Das Projekt greift die Forderungen nach einem konsequenten Perspektivwechsel in der postkolonialen Erinnerungskultur auf. Statt der Täter*innen, also kolonialer und kolonialassistischer Akteur*innen, sollen fortan die Opfer und Gegner*innen von Kolonialrassismus und Ausbeutung Aufmerksamkeit und Würdigung erfahren. Durch die digitale Kartierung von Kolonialgeschichten, durch Ausstellungsprojekte in Berliner Museen, durch Think-Tanks sowie künstlerische Interventionen holt das Projekt postkoloniale Erinnerungskultur in den öffentlichen Raum. *Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt* ist ein gemeinsames Projekt von Berlin Postkolonial e.V., Each One Teach One (EOTO) e.V., Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V. (ISD) und der Stiftung Stadtmuseum Berlin.

Esra Akcan

Eine kritische Rezeption der IBA Berlin 1984/87

In Berlin kann man beobachten, wie eng zwei scheinbar unterschiedliche Phänomene miteinander verzahnt sind: die steigenden Mieten in der Stadt und der historisierende Wiederaufbau von Gebäuden aus dem Kaiserreich. Der Wiederaufbau zum Zweck einer einheitlichen städtischen und gesellschaftlichen Identität homogenisiert Berlin als Stadt der weißen und bürgerlichen Deutschen und hält deren vermeintliche Vorherrschaft aufrecht, während der Wiederaufbau zum Zweck der sozialen Gerechtigkeit Gebäude erhält und erneuert, um die Lebensbedingungen von Arbeiter*innen und Migrant*innen zu verbessern.

Hier war man in den 1980er-Jahren schon einmal weiter: Die Internationale Bauausstellung 1984/87 (IBA Alt/Neu) in Berlin unterschied sich von ihren Vorgängerinnen, indem sie den sozialen Wohnungsbau förderte und die Begriffe „kritische Rekonstruktion“ und „behutsame Stadterneuerung“ in den Städtebaudiskurs und die Planungspraxis einführte. Heute scheint sich die Situation umgekehrt zu haben: Die Wohnungsbauten aus der Zeit der IBA sind mittlerweile für Investoren attraktiv, welche die zuvor in kommunaler Hand befindlichen Vorzeigeprojekte öffentlicher Architektur aufkaufen, ein paar einfache Modernisierungen vornehmen und sie den Bewohner*innen zu überbeuerten Mieten anbieten. Dies zeigt, wie verletzlich qualifizierte öffentliche Architektur unter dem Regime des Neoliberalismus ist.

Claudia Maria Melisch
Mittelalterlicher Stadtkern gesucht

Berlin und Cölln waren einst mittelalterliche Gründungen, die sich nach 550 Jahren formaler Eigenständigkeit mit den Vorstädten Friedrichstadt, Friedrichswerder und Dorotheenstadt 1709 zur Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenschlossen und deren historische Spuren heute weitgehend aus dem Stadtbild getilgt sind.

Neben der Sprengung der Petrikirche aus dem frühen 13. Jahrhundert im Jahr 1964/65 wurde das im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstörte Nikolaiviertel als ehemals ältestes Siedlungsgebiet der Stadt zur 750-Jahr-Feier 1987 pars pro toto durch historisierend verschwenkte Gassenverläufe und kleinteilig proportionierte Schmuckfassaden selektiv überformend wieder aufgebaut. Die strukturelle Neuordnung des Areals durch ahistorische Blockrandbebauungen und den Fernsehturm hat den einstigen städtebaulichen Zusammenhang des Nikolaiviertels mit der Marienkirche, der Franziskaner Klosterkirche und der Berliner Stadtmauer getilgt. Die historischen Bauwerke wirken im Berliner Stadtbild heute wie launig vom Himmel geworfene Artefakte ohne Bezug auf ihre Umgebung. Wie sollen Stadtbesucher*innen erahnen, dass kaum 300 Meter von der Nikolaikirche entfernt die Ruine der Franziskaner Klosterkirche und die Berliner Stadtmauer stehen, wenn sie durch große Verkehrsachsen völlig voneinander abgeschnitten sind? Neue Architekturen können sich zukünftig hier nur sinnhaft einfügen, wenn sie sich mit der gewachsenen Geschichte des Ortes, ihren Zeitschichten und Brüchen auseinandersetzen. Dazu gehört die Tatsache, dass Berlin und Cölln für die ersten 250 Jahre von Ratsherren geführte eigenständige Gemeinwesen waren, aber auch die städtebaulichen Fakten, die durch die funktionalen und sozial-räumlichen Entwicklungen der Nachkriegszeit geschaffen wurden und die heute als unverbunden nebeneinander erscheinen.

Pablo Santacana López

Der Themenpark Puy du Fou in Les Epesses als Modell rechts-identitärer Raumpraxis

Die Indienstnahme eines retrospektiven Bauens für die Etablierung rechter und konservativer Ideologien ist keine deutsche Eigenart, sondern ein internationales Problem. Dies zeigt beispielhaft und auf plakative Weise das französische Unternehmen Puy du Fou: Von Januar bis September 2023 zählte der Vergnügungspark in Les Epesses über 2,5 Millionen Besucher*innen. Der Freizeitpark entstand 1977 auf dem Gelände einer Schlossruine aus dem 14. Jahrhundert und wurde Ende der 1980er-Jahre zu einem großen Themenpark ausgebaut. Heute umfasst er beinahe 20 Historienshows, über 20 gastronomische Einrichtungen, sechs Themenhotels und ein Konferenzzentrum. Dieses Modell, das auf der Inszenierung lokaler Historiografien beruht, wird

Berlins (leere) Mitte – Zwischen Essentialisierung, Widerstand und konkreter Utopie

Diskussion mit Noa K. Ha, Simone Hain, Niloufar Tajeri und Stephan Trüby
Moderation: Georg Diez

Georg Diez

Ich möchte das Gespräch mit einer Frage in die Runde beginnen, die auf den Untertitel der Veranstaltung eingeht: „Konferenz gegen identitäre Erinnerung“. Was mich interessiert, ist vor allem die Formulierung eines „Gegen“. Warum begibt man sich in diese Defensivposition?

Stephan Trüby

Mir fällt unter dem Eindruck des aufschlussreichen Stadtpaziergangs von Claudia Melisch zum mittelalterlichen Leben in der Berliner Mitte auf [siehe Claudia Maria Melischs Statement: „Mittelalterlicher Stadtkern gesucht“], dass in dieser Stadt – im Gegensatz zu anderen deutschen Großstädten – ein übermäßig großes Interesse an Geschichte herrscht. Man könnte nun die These aufstellen, dass, je mehr Geschichtsinteresse es an einem Ort gibt, desto weniger unternehmerische Innovationen stattfinden. Und das wäre nicht mal weit hergeholt: In Berlin gab es im Jahr 2022 genau 480 Patentanmeldungen, in Baden-Württemberg zum Beispiel – hier vor allem in Stuttgart – immerhin 13.444. Nach meiner Wahrnehmung interessiert sich in Stuttgart niemand für Stadtpaziergänge zum mittelalterlichen Leben. Aber ich möchte jetzt nicht zu sehr nach FDP klingen, denn angesichts einer drohenden Klimakatastrophe passt die Hoffnung auf eine bessere Zukunft mittels technischer Innovationen nicht mehr in die Zeit. Fast scheint es, als gäbe es nur noch die Wahl zwischen einer unkritischen und einer kritischen Geschichte. Zur letzteren Kategorie gehört wohl diese Veranstaltung, die sich gegen das Mitte-Fest der Rekonstruktionsfreunde der Stiftung Mitte Berlin richtet, das für die kommende Woche anvisiert ist.

Niloufar Tajeri

Natürlich geben die Altstadtfreunde in ihrem Narrativ vor, *für* etwas zu sein, man muss aber sehen, dass hier bereits sehr viel *gegen* drinsteckt, nämlich gegen eine Architektur der Vielfalt und der Gemeinwohlorientierung, gegen ein zukunftsfähiges, soziales Wohnen. Zugleich sollten wir sehen, dass Protestgruppen und zivilgesellschaftliche Gruppen wie die Mieten- oder Anti-Gentrifizierungsbewegung [siehe Niloufar Tajeris Statement: „Architektur zwischen Essentialisierung und Widerstand“] sich nicht nur gegen etwas, also beispielsweise gegen zu hohe Mieten, Privatisierung oder Verdrängung, aussprechen, sondern aktiv für eine Stadt der Diversität und Solidarität eintreten und damit gegen diese zerstörerischen Tendenzen. Die Formulierung ist also in erster Linie eine taktische Entscheidung. Es ist durchaus eine linke Tradition, dass man Widerstand gegen Formen von gesellschaftlicher Gewalt und Ungerechtigkeit auch als solchen sichtbar macht.

Georg Diez

Diese zivilgesellschaftliche Ebene des Widerstands leuchtet mir ein. Doch gerade mit Blick auf die Berliner Mitte würde mich interessieren, was man den historisierenden Fassaden unter progressiven Vorzeichen entgegensetzen kann? Noa K. Ha, als jemand, die sich mit den kolonialen Implikationen der europäischen Stadt beschäftigt, wie schätzt du dieses Berliner Vakuum ein? [siehe Noa K. Ha Statement: „Koloniale Implikationen der europäischen Stadt“]

Noa K. Ha

Ich denke, wir sollten uns bewusst machen, dass der Berliner Debatte, egal ob sie sich nun um das *Planwerk Innenstadt*, das Humboldt Forum oder um den Molkenmarkt dreht, ein bestimmtes Moment des *nation state building* innewohnt, dessen Ursprung vor allem im Kontext der Wiedervereinigung und der Hauptstadtdebatte der 1990er-Jahre anzusiedeln ist. Mit diesen Projekten wurde die Idee der europäischen Stadt neu verhandelt, es ging um eine neue Bürgerlichkeit und eine neue Zentrierung städtischer europäischer Identität – gerade in Abgrenzung zu US-amerikanischen Städten.

Die Konstruktion einer identitären Erinnerungsarchitektur, für die das Humboldt Forum als wiedererrichtetes Berliner Stadtschloss an der Stelle des ehemaligen Palasts der Republik sinnbildhaft steht, löst ein Unbehagen in mir aus, weil damit Teile der deutschen und der europäischen Gewaltgeschichte radikal ausgeblendet werden.

Wir müssen uns dringend mit Europa als kolonialem Unternehmen und der damit verbundenen tiefgreifenden Gewaltgeschichte sowie den geopolitischen Implikationen befassen. Zugleich dürfen wir bestimmte Ideale aus der europäischen Ideengeschichte nicht einfach über Bord werfen.

Georg Diez

Ich würde behaupten, dass der progressive Kampf um die Stadtbilder in einer Demokratie schwer zu gewinnen ist. Gibt es dennoch Optimismus?

Stephan Trüby

Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt. Natürlich scheint die reaktionäre Form der Rekonstruktion derzeit die Oberhand zu haben, insbesondere in Deutschland mit seinen großflächigen innerstädtischen Kriegszerstörungen. Populistisch agierende Regierungen setzen auf das „Altstadt-Opium“ für das Volk in Dresden, Frankfurt am Main und zunehmend auch in Berlin. Ich sehe diese Entwicklung kritisch und traue dem häufig angebrachten touristischen Argument, dass Frankfurt noch frankfurterischer, London noch

inzwischen nach Spanien, China und in die USA exportiert.

Gründer des Unternehmens ist der rechte Politiker Philippe de Villiers, der hier exemplarisch vorführt, wie man mit Familienunterhaltung sowohl reaktionäre Propaganda betreiben als auch ein profitables Geschäft machen kann. Historische Ereignisse, die nicht in sein Weltbild passen, Ambivalenzen und Kontingenzen werden ausgeblendet. Der Prozess, Geschichte attraktiv und erfahrbar zu machen, ist eben nicht neutral.

Während Denkmäler und historische Stätten im Sinne einer Erinnerungskultur meist von staatlichen Behörden verwaltet werden, es damit zumindest formal die Möglichkeit für Diskurs und Veränderung gibt, befindet sich die gestalterische und politische Ausrichtung von Orten wie Puy du Fou in privater Hand und unterliegt damit der Willkür der Eigentümer*innen – eine Tendenz, die sich auch in den „rekonstruierten“ Altstädten Potsdams, Frankfurts oder Dresdens zeigt, auch wenn hier über Private Public Partnerships private und staatliche Interessen ineinandergreifen.

Niloufar Tajeri Architektur zwischen Essentialisierung und Widerstand

Die Wissensvorräte und methodischen Prozesse gegenwärtiger Architektur- und Planungspraxis entspringen aus einer Zeit, in der Prinzipien der Kontrolle und Ausbeutung von Arbeiter*innen, der Rassifizierung und Trennung von Bevölkerungsgruppen, der Idee eines unendlichen Wirtschaftswachstums und der Extraktion natürlicher Ressourcen Eingang in die Verwissenschaftlichung von Architektur fanden. Anhand der Architekturgeschichte lassen sich dennoch nicht nur Kontinuitäten dessen, sondern auch gesellschaftliche Brüche, Widerstände und Alternativen ablesen. Wenn diese Geschichte aber auf die Kontinuität der hegemonialen Linie reduziert, ihre architektonischen Formen zur Essenz deklariert und daraus Rückschlüsse für erwünschte gesellschaftliche Zustände für die Gegenwart gezogen werden, handelt es sich um eine Essentialisierung von Architektur und damit auch um den Versuch einer Essentialisierung von Gesellschaft. Architektur wird damit zu einem Mittel der Identitätskonstruktion – genauer: der räumlichen Konstruktion einer einzigen gesellschaftlichen Identität. Diese Identitätskonstruktion stellt einerseits einen Angriff auf das Vielfältige, Uneindeutige und Widersprüchliche im sozialen Raum dar und lenkt andererseits von der Beschäftigung mit den tatsächlichen sozialen, ökologischen, und ökonomischen Bedürfnissen ab. Der Blick in die Geschichte des Widerstandes und der Alternativen aber zeigt: Es geht auch anders. Wenn als Ziel schrankenlose Gerechtigkeit definiert wird und wenn *neue* methodische Prozesse und Wissensvorräte erprobt und vermeintlich Grundlegendes schonungslos hinterfragt werden.

Stephan Trüby Die Bildpolitik der (Berliner) Sozialdemokratie

Das Leitbild der kompakten und von historischen Bauten geprägten Stadt, das zunächst von linken Akteuren in den 1950er- und 60er-Jahren formuliert und später von konservativen als „europäische Stadt“ betrieben wurde, hat insbesondere die sozialdemokratische Partei in Deutschland zu einer Kehrtwende in ihrer Baupolitik bewogen. Denn während die SPD – personell getragen insbesondere von Hans-Jochen Vogel – noch in den frühen 1970er-Jahren für eine Änderung des Bodenrechts inklusive der Einrichtung eines Rechtsinstituts plädierte, welches die Aufspaltung des Bodeneigentums in ein Verfügungs- und ein Nutzungseigentum vorsah, hat sie dieses Projekt ab Mitte der 1970er-Jahre nach und nach aufgegeben und durch etwas leichter Durchzusetzendes ersetzt: eine Orientierung an nostalgischen Bildern. Deutlich wird der Paradigmenwechsel weg von der Boden- hin zur Bildpolitik etwa anhand von Äußerungen des ehemaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, der 1999 im Rahmen der Debatte um die Rekonstruktion des Berliner Schlosses vehement für dessen Wiederaufbau plädierte, weil es wichtig sei, „dem Volke etwas für die Seele zu geben“, wie er damals in der *Zeit* schrieb. Zu dieser Zeit hatte sein SPD-Parteikollege Hans Stimmann, der von 1991 bis 2006 Berliner Senatsbaudirektor bzw. Staatssekretär für Planung in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie war, längst sein *Planwerk Innenstadt* aufgegleist: das sozialdemokratische Projekt einer Retro-Hauptstadt auf dem Grundriss des Vorkriegs-Berlins. Stimmann und seinen Mitstreiter*innen ging es mit ihrem Fokus auf Blockrandbebauung, Steinfassaden und Einhaltung von Traufhöhen um eine mit anti-angelsächsischem Subtext vorgetragene Einhegung kapitalistischer Exzesse der damaligen Zeit. Dabei setzte man in den 1990er-Jahren zunächst auf den Tektonik-Begriff, um ihn heute – seit die Stimmann-Vertraute Petra Kahlfeldt 2020 das Amt der Senatsbaudirektorin übernahm – immer häufiger durch den Begriff des zu rekonstruierenden „Leitbaus“ zu ersetzen. Jüngere Wahlergebnisse zeigen jedoch, dass eine sozialdemokratische Städtebaupolitik, die sich nur am Bild orientiert und keine Boden-, also Eigentumsfragen stellt – was der Aufgabe der Leitidee einer sozialen Stadt gleichkommt –, vor allem eines bewirkt: die Vertreibung sozialdemokratischer Wähler*innenschaft.

Noa K. Ha Koloniale Implikationen der europäischen Stadt

Die Idee der europäischen Stadt ist ein stadtsociologisches Modell, das nach dem Ende des Kalten Kriegs erneut Verbreitung fand. Seither wurde intellektuell, planerisch und baulich in diese Idee investiert, die zugleich als normative

londonischer oder Paris noch pariserischer werden sollte, nicht über den Weg – das ist identitäres Denken. Gerade im Bereich der Architektur und Stadtplanung brauchen wir kritische geschichtspolitische Ansätze, die inklusiv wirken und gleichzeitig die Gewaltgeschichte repräsentieren. Da befinden wir uns dann auf einem Feld, das der amerikanische Literaturtheoretiker Michael Rothberg als „multidirektionale Erinnerung“ bezeichnet hat. In diesem Zusammenhang könnte man sich beispielsweise fragen, ob eine künstlerische Rhetorik der Brüche und Diskontinuitäten, wie sie beispielsweise Daniel Libeskind in seinem frühen gebauten Werk, etwa beim Jüdischen Museum in Berlin, zur Anwendung brachte, für andere Gewaltzusammenhänge geöffnet werden kann.

Niloufar Tajeri

Ich würde schon sagen, dass es positive Bilder gibt, nur handelt es sich hierbei nicht notwendigerweise um Gebäude. Ich denke zum Beispiel an das Tempelhofer Feld. Ein Bündnis unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, darunter federführend die Initiative 100 % Tempelhofer Feld, haben durch einen Volksentscheid im Jahr 2014 erwirkt, dass das Feld unbebaut bleibt. Hier zeigt sich, dass es in der Stadtentwicklung nicht immer um die Projektierung neuer Bauten oder Stadtviertel gehen muss. Genauso wie es bei der Suche nach Antworten auf die Wohnungsfrage auch nicht nur ums „Bauen, Bauen, Bauen“ gehen darf, sondern auch um Fragen der Flächengerechtigkeit und Umverteilung. Faktisch gibt es viel ungenutzten Wohnraum, es gibt Leerstand und es gibt viel Potential für Umnutzung. Die Klimakrise zwingt uns zu einem fundamentalen Umdenken. Aber auch hier gibt es progressive Impulse und Visionen, die häufig durch eine Politik von unten mit extrem viel Kraft und Solidarität geschaffen werden, wie zum Beispiel die Rekommunalisierungsbewegung in Berlin, die dafür sorgte, dass Verdrängungsprozesse eingedämmt und gestoppt wurden.

Georg Diez

Simone Hain, als Planungshistorikerin hast du dich intensiv mit real existierenden „linken“ Räumen beschäftigt – mit Modellen der Emanzipation, mit Kommunen und mit Genossenschaften. Kannst du vor dem Hintergrund der aktuellen Herausforderungen eine Vision entwickeln?

Simone Hain

Ich würde anstelle der Vision den Begriff der konkreten Utopie, wie ihn Ernst Bloch entwickelt hat, bevorzugen. Bloch hat die beste Korrektur einer idealistischen Utopie gegeben, indem er die konkrete Utopie als eine Form der planerischen Entwurfsarbeit charakterisiert hat, die bereits sehr konkrete Annahmen über die notwendigen materiellen Mittel und methodischen Wege einer sukzessiven, experimentellen Realisierung sowie das Selbstbewusstsein eines Heimat-kreierenden Kollektivs einbezieht und von einer kritischen Bestandsaufnahme des Vorhandenen ausgeht: Prozessmaterialismus anstelle von reinem Ökonomismus oder Spekulation.

Mit Bezug auf den Molkenmarkt bedeutet das, dass wir in einem ersten Schritt konkret über die schlechten Umstände reden müssen, die das Areal heute kennzeichnen. In der DDR wurden 1950 die *16 Grundsätze des Städtebaus* als Kommentar für das Aufbaugesetz verabschiedet: Da hieß es unter anderem, dass der Stadtplanung „die Berücksichtigung der historisch entstandenen Struktur der Stadt bei Beseitigung ihrer Mängel“ zugrunde gelegt werden muss. Schon 1945 hatte der Architekt und damalige Stadtbaurat von Berlin Hans Scharoun festgestellt, der wichtigste Mangel sei der Klassencharakter der Wohnungen. Die Kommunisten haben den gesamten städtischen Boden damals mit einem Grundwert von 50 Pfennig bewertet. Das konnte man schon 1950 nicht mehr aufrechterhalten. Aber man kann diese Mängelanalyse praktisch permanent als eine konkrete Arbeitsaufgabe bereithalten. Uns fehlt jegliche vorbereitende Untersuchung, auf die sich die Entwurfsarbeit stützen könnte. Statt eines Problembewusstseins für den Ort und seine Lage werden Sammelbilder aus dem Souvenirladen in das

unverstandene Terrain geklebt. Solche Visionen brauchen wir nicht, sondern eine sozialräumliche Bedarfsanalyse und eine klare Positionierung der Berliner Öffentlichkeit, was am Molkenmarkt entstehen soll. Es braucht ein Subjekt, dass zukünftige Heimat definiert.

Georg Diez

Kannst du ein zeitgenössisches Beispiel nennen?

Simone Hain

Den Denk- und Arbeitsprozess um die Freiraumgestaltung Rathaus- und Marx-Engels-Forum würde ich als so ein positives Beispiel bezeichnen. Da hat über acht Jahre hinweg eine Initiative mehrheitlich aus Fachleuten dem stark vernachlässigten Raum eine sozialökologische Agenda gegeben. Ich würde es gar als Gegenbild zum steinernen und tektonischen Berlin bezeichnen: Ab Schlosskante beginnt eine Alternative, die sich als offene Stadt versteht.

Hier beteiligten sich die Bewohner*innen des Ortes über mehrere Jahre an einem Werkstattprozess, bei dem es zu einer kollektiven Willensbildung kam, die 2021 zur Grundlage eines internationalen Landschaftswettbewerbs wurde. Der Raum sollte offen bleiben, jedoch sollten ökologische Aspekte bei der Umgestaltung berücksichtigt werden, mitunter sollten auch semipermanente Strukturen zur offenen Aneignung und für wechselnde Bedürfnisse bereitgestellt und der Außenraum der angrenzenden Wohnungen verbessert werden. Es geht darum, sozial offene Stadträume zu schaffen: weg vom Gesetz der Baulücke und Parzelle, hin zu einer Stadt des Zusammenhangs, der Teilhabe und der Inklusion.

Stephan Trüby

Hier würde ich gerne ergänzen, dass in dieser Angelegenheit leider noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Die in die Politik gut vernetzten Akteur*innen wie die Stiftung Mitte Berlin wollen an dieser Stelle nach wie vor eine neue Berliner Altstadt nach Frankfurter Vorbild errichten, auch wenn eigentlich ein entschiedenes Wettbewerbsverfahren vorliegt, das RMP Stephan Lenzen Landschaftsarchitekten mit einem Entwurf für sich entscheiden konnten, der die Erhaltung des Freiraums vorsieht. Doch die Akteur*innen der Stiftung stellen das demokratisch legitimierte Verfahren ganz offen in Frage. Wir müssen uns im Klaren sein: Entweder der Freiraum bleibt erhalten oder es wird eine dichte, historisierende Bebauung realisiert. Insofern glaube ich, dass wir hier einfach über Maximalforderungen sprechen müssen, bei denen es keine Kompromisse gibt, sondern nur Machtpolitik. Die jüngere Geschichte seit der Wiedervereinigung hat gezeigt, dass die konservativen, zum Teil regressiven Kräfte in Berlin beharrlich sind – und zu einer fatalen, geschichtsvergessenen Tilgung jeglicher Spuren des Sozialismus in der Stadt angetreten sind.

Georg Diez

Noa K. Ha, denkst du, dass man das Bild der europäischen Stadt auch positiv wenden kann? Könnte man Europa nicht auch als ein Labor für Diversität, für einen sich neu erfindenden Universalismus verstehen, mit einem erstarkten demokratischen Selbstverständnis? Gibt es bereits Orte in Europa, wo Differenz sozusagen von den Rändern in die Mitte geholt wurde, wo Repräsentations- und Machtfragen sehr direkt und konstruktiv gestellt wurden?

Noa K. Ha

Klar, kann man die europäischen Städte als Orte des multikulturellen und multireligiösen Zusammenlebens positiv und als Orte der Inspiration begreifen. In einigen Städten ist es bis heute Normalität, dass das Zusammenleben im öffentlichen Raum, in Verwaltungen und Schulen zwei- bis dreisprachig organisiert wird, wenn ich hier an Städte in Belgien oder in der Schweiz denke. Aber in manchen Städten ist diese Selbstverständlichkeit verloren gegangen – wenn ich z.B. an die Städte auf dem Balkan denke, aber auch die alten Städte im damaligen Al-Andalus, dem heutigen Spanien. Daher gilt es auch zu unterscheiden zwischen den vielen verschiedenen Städten Europas und dem Modell der Europäischen Stadt, welches für viele Städte nach Ende des Kalten Krieges eine stadtpolitische Orientierung gab.

Rahmung für Stadtentwicklungspolitik dient – für eine neue Bürgerlichkeit in Europa.

Nur: Hier wird ein Europa ohne jeglichen Bezug zu seiner Kolonialgeschichte gezeichnet. Die europäische Moderne und der Reichtum Europas lassen sich aber nicht ohne die globalen Handels- und Ausbeutungsbeziehungen und ihre urbanen kolonialen Vermächtnisse verstehen: seien es die afrikanischen Stadtviertel in vielen europäischen Städten, die ethnologischen Sammlungen, technischen und naturkundlichen Museen, Straßennamen und Denkmäler, die zoologischen und botanischen Gärten, aber auch die Universitäten als Orte der kolonialen Wissensproduktion. Das Ausblenden der europäischen Kolonialgeschichte in der heutigen Vorstellung einer europäischen Stadt verhindert eine Aufarbeitung kolonialer Vergangenheit und bedeutet deren Fortwirken in Form von strukturellem Rassismus.

Europäische Städte kann man nicht auf die europäische Stadt reduzieren, vielmehr sind es europäische Städte, die Erinnerungs- und Lernräume, Lebens- und Arbeitsräume, Gedenk- und Widerstandsräume sind, in denen es dringend notwendig ist, um sich mit der europäischen Gewaltgeschichte des Kolonialismus und ihren Kontinuitäten zu befassen, um bestehende Macht- und Gewaltverhältnisse abzubauen und Formen (post)kolonialer Gewalt der Gegenwart wirksam entgegenzuarbeiten.

virgil b/g taylor

Die Judenstraße verfällt zur Ruine

Sie haben keine Wahl: Sie können die Judenstraße nicht *nicht* wiederaufbauen. Aber warum bauen sie die Judenstraße überhaupt wieder auf? Die Entwicklung der Judenstraße ohne Juden ist lediglich das hohle Echo eines Versprechens des neuen Deutschlands – eine gestrige Idee, eine Nostalgie für einen Ort, der nie war und nie sein wird; auch nicht nach über 30 seltsamen Jahren Wiedervereinigung und scheinbar 1.700 Jahren jüdischem Leben. Aber was ist diese allgegenwärtige, alles durchdringende Präsenz? Es sind diese ewig abwesenden und doch ewig anwesenden Aschkenasim, die scheinbar nicht in der Lage sind, sich zu integrieren.

Und doch stellen sie sich hin und bauen die Judenstraße wieder auf – ganz ohne Juden. Sie bohren die Erde auf, um auf unser altes Ghetto zurückzuschauen; dabei blicken sie auf einen frisch gepflasterten Weg, an dessen Ende einst 39 von uns verbrannt wurden, für Verbrechen, die sie nie begangen haben, auf einen Platz, von dem Unzählige vertrieben wurden. Eine Architektur der Erinnerung wird aus den konzentrischen Pfaden der alten Stadt herausgearbeitet, gefertigt aus Attrappen, die nicht, wie von den Gedenktafeln behauptet, an die Abwesenheit erinnern, sondern an einen Ort, den es nie gab.

Entwicklung bedeutet Enthüllung – als ob die Planung für ein ganzes Quartier dieses Quartier lediglich freilegen würde, einen Vorhang bei-

seite ziehen würde und man auf ein Geschenk blickte, das schon immer da war. Und impliziert Entwicklung nicht auch eine Form der Vorbestimmung? Das, was jetzt ist, war vorherbestimmt. Die Gegenwart ist nicht mehr als die Entwicklung der Vergangenheit, sie hat in der Vergangenheit gelaunert, um ausgepackt, ausgewickelt, *entwickelt* zu werden. Nun packen sie die mittelalterliche Stadt aus und bilden sich ein, die Stadt damit gerettet zu haben. Doch wir fragen uns: Wo können wir überhaupt eintreten?

Heute stellt sich aber die Frage etwas anders: Warum will Berlin überhaupt eine Mitte haben, die für alle in Deutschland ein normatives Vorbild oder ein Ort national-urbaner Sehnsucht ist? Dass eine Stadt ein Zentrum braucht, ist sicherlich eine europäische Idee. Gerade in Berlin ist diese Idee aber schwierig umzusetzen, weil die Stadt stark von historischen Zäsuren geprägt ist.

Als ein positives Beispiel fällt mir die Diskussion im Entwicklungsprozess um das Erinnerungskulturprojekt *Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt* ein [siehe Anna Yeboahs Statement: „Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt“]. Wir hatten uns bereits in der Vorbereitungsphase explizit dagegen entschieden, auf einen zentralen Ort zu setzen, sondern haben Berlin als polyzentrische Stadt gedacht. Auf der Ebene der Stadtentwicklung hieße das, viele Zentren zu ermächtigen. Dies sollte mit einer Demokratisierung von Ressourcen und Infrastrukturen einhergehen. Das gestaltet sich jedoch gerade in Berlin etwas kompliziert, weil hier lokale, föderale und nationale Ebenen ineinandergreifen.

Ein weiteres Beispiel, das die Idee der Notwendigkeit eines Zentrums und die zementierte Vorstellung einer neuen Berliner Mitte destabilisiert hat, sind die Prozesse rund um die Proteste der

Nachbarschaftsinitiative Kotti & Co am Kottbusser Tor („Kotti“) in Berlin-Kreuzberg seit Anfang der 2010er-Jahre. Es handelt sich hier um eine seit Jahrzehnten gewachsene, migrantisch geprägte Nachbarschaft, die vor der Wende noch am Rande West-Berlins lag, dann plötzlich „in die Mitte fiel“ und damit neuen städtischen Verwertungslogiken ausgesetzt war. Als sich die wohnungspolitische Lage nach der Finanzkrise seit 2007/08 weiter zuspitzte, begannen sich die Mieter*innen ab 2011 gegen Verdrängung und rasant steigende Mieten in ihren sozialen Wohnungsbauten zu organisieren. Ihr erfolgreicher Kampf für eine soziale und demokratische Wohnraumversorgung mündete nicht nur im positiven Mietenvolksentscheid 2015 und einem Mietsteigerungsstopp im sozialen Wohnungsbau in ganz Berlin, sondern führte 2021 letztlich auch zur Rekommunalisierung weiterer Sozialwohnungsbestände am Kottbusser Tor. Im Grunde legte die Initiative den Grundstein für den erfolgreichen Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co enteignen“ aus dem Jahr 2021.

Hier zeigt sich, dass Berlin als umkämpfter Raum eben nicht ausschließlich von kapitalistischen Verwertungsprozessen geprägt ist, sondern auch von erfolgreichem zivilgesellschaftlichem Widerstand und sozialen Errungenschaften.

Beteiligte

Esra Akcan ist Professorin für Architekturtheorie an der Cornell University, NY, und forscht zu moderner und zeitgenössischer Architektur- und Stadtplanung.

Juliane Bischoff ist künstlerische Leiterin der Klosterruine Berlin 2023/24 und arbeitet als Kuratorin am NS-Dokumentationszentrum München.

Georg Diez ist Autor und Journalist. Derzeit ist er Fellow am Max-Planck-Institut Göttingen und bei ProjectTogether in Berlin.

Matthias Grünzig ist Bauhistoriker und Publizist. Er war als Bürger*innenvertreter am Werkstattverfahren zum Molkenmarkt beteiligt und engagiert sich in der Initiative Offene Mitte Berlin.

Noa K. Ha ist Stadt-, Migrations- und Rassismusforscherin sowie wissenschaftliche Geschäftsführerin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

Simone Hain ist Kunsthistorikerin, Kuratorin und Planungshistorikerin. Sie ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und war von 2006 bis 2016 Professorin am Institut für Stadt- und Baugeschichte an der Technischen Universität Graz.

Verena Hartbaum ist Architekturtheoretikerin und forscht u. a. zum retrospektiven Bauen.

Leo Herrmann ist Architekt und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen (IGmA) der Universität Stuttgart.

Philipp Krüpe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen (IGmA) der Universität Stuttgart und verantwortet zusammen mit Stephan Trüby das Forschungsprojekt *Rechte Räume*.

Claudia Maria Melisch ist Archäologin und leitete von 2007 bis 2009 die Ausgrabungen am Petriplatz in Berlin.

Philipp Oswalt ist Architekt und Publizist und unterrichtet seit 2006 an der Universität Kassel Architekturtheorie und Entwerfen.

Pablo Santacana López ist Künstler und Forscher mit Sitz in Berlin und Madrid. Derzeit promoviert er am DFG-Graduiertenkolleg *Identität und Erbe* an der Fachhochschule Erfurt und der Bauhaus-Universität Weimar.

Mathias Schulz ist Sprecher der SPD-Fraktion für Stadtentwicklung, Bundesangelegenheiten und Brandenburg. Seit 2019 ist er Mitarbeiter im Bundesministerium für Digitales und Verkehr und vertritt seit 2021 den nördlichen Wedding im Abgeordnetenhaus von Berlin.

Niloufar Tajeri ist Architektin und Architekturtheoretikerin. Sie promoviert derzeit zu den Themen Kolonialität und Rassifizierung im Feld der Architektur und Planung am DFG-Graduiertenkolleg *Identität und Erbe* an der Technischen Universität Berlin.

virgil b/g taylor ist Herausgeber des Online-Zines *fag tips*. Er arbeitet in unterschiedlichen kollaborativen Zusammenhängen und forscht zu Geschichten der Fürsorge, Krise, Exklusion und Toxizität.

Stephan Trüby ist Professor und Direktor des Instituts für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen (IGmA) der Universität Stuttgart.

Anna Yeboah verantwortet seit 2020 die Gesamtkoordination des Modellprojekts *Dekoloniale Erinnerungskultur in der Stadt* für die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland e.V. In ihrer Forschung und Praxis beschäftigt sie sich mit Machtssystemen in Architektur und Stadtplanung.

ARCH+ features

Diskursplattform von ARCH+ & SSS SIEDLE

Verlag
ARCH+ Verlag GmbH
Redaktion
Anh-Linh Ngo, Sascha Kellermann
CvD
Nora Dünser

Art Direction
Stan Hema, Berlin
Design
Sara Božić, André van Rueth,
Niki Moreira (Projektmanagement),
Daniel Vandré (Reinzeichnung)

Lektorat
Kirsten Thietz

Druck
Medialis Offsetdruck GmbH, Berlin
Lithografie
max-color, Berlin

Foto Frontcover
© Johannes Brugger
Foto Backcover
© Robert Hamacher

© ARCH+ Verlag GmbH,
Autor*innen
www.archplus.net/features

Mit der Reihe ARCH+ features stellt ARCH+ in regelmäßiger Folge ausgewählte Positionen vor, die sich in besonderer Weise mit den gegenwärtigen Produktionsbedingungen von Architektur auseinandersetzen. ARCH+ features wird von Anh-Linh Ngo kuratiert und von Siedle als Initiativpartner langfristig ermöglicht.

Diese Publikation erscheint anlässlich der Veranstaltung *Relikte und Resonanzen – Konferenz gegen identitäre Erinnerungsarchitektur* (26. bis 27. August 2023) in der Klosterruine Berlin. Eine Kooperation der Klosterruine Berlin und des Forschungsprojekts „Rechte Räume“

klosterruine berlin

Konzeption
Juliane Bischoff (Künstlerische Leiterin Klosterruine Berlin), Philipp Krüpe (Co-Leiter des Projekts „Rechte Räume“)

Projektmanagement und Veranstaltungsorganisation
Elke Doppelbauer
Redaktionelle Betreuung
Melissa Makele
Veranstaltungsbetreuung
Guillermo Alberto Diaz Morales, Georgia Georgiadou, Lara Huesmann, Julius Kaftan, Levente Pavelka, Annika Reketat, Joana Stamer, Katrin Winkler
Assoziierte Partner
DWE mit dem Kiosk of Solidarity

„Rechte Räume“ ist ein Forschungsprojekt von Stephan Trüby / Philipp Krüpe am IGmA der Universität Stuttgart.

Gefördert durch



EIN TEIL VON

DRAUSSEN STADT

Stiftung für Kulturelle Weiterbildung und Kulturberatung

Danksagung
Wir danken allen Referent*innen, Diskussionsteilnehmer*innen und Beteiligten für ihre wichtigen Beiträge zum Berliner Stadtdiskurs. Unser großer Dank gilt außerdem DRAUSSENSTADT, deren finanzielle Unterstützung die Veranstaltung möglich gemacht hat.

